

Antrag	Antragsteller*in	Änderungswunsch	Verfahrensvorschlag	Modifizierter Text
WP-02-8	LAG Wirtschaft	Dies gelingt nie mit neuen Straßen, in denen Autos und Lkws tagtäglich im Stau stehen.	keine Übernahme	
WP-02-19	Werner Hager u.a.	„Kameraüberwachung findet jedoch zunehmend auch auf zentralen Verkehrsachsen statt. Immer mehr Straßen und Bahnen sind mit den auch immer günstigeren Kameras bestückt. Die panoptische Gesellschaft wird so von der Dystopie zur Realität. Als Grüne werden wir uns weiterhin dafür stark machen, dass zumindest zentrale Verkehrsachsen keinesfalls überwacht werden dürfen und auch keine Überwachung derselben suggeriert wird.“	Mod. Übernahme	In Z. 151 nach „schaffen“ einfügen: „Der ausufernden Videoüberwachung im ÖPNV und SPNV stellen wir uns entgegen.“ In Z. 193 einfügen: „Videobeobachtung des fließenden Verkehrs kann für uns nur dann statthaft sein, wenn dabei keine personenbezogenen Daten erhoben und verarbeitet werden, also z.B. zur Kontrolle des Verkehrsflusses auf Autobahnen, wenn dabei keine Kennzeichen erfasst werden.“
WP-02-48	Oliver Krischer u.a.	Der fossile Verbrennungsmotor ist ein Auslaufmodell, nicht nur wegen der Atemluft in unseren Innenstädten sondern auch aus Gründen des Klimaschutzes. Wenn wir das Pariser Klimaabkommen ernst nehmen, müssen neu zugelassene Fahrzeuge ab dem Jahr 2030 emissionsfrei sein. Die Weichen dafür müssen jetzt gestellt werden, um die Infrastruktur für Elektromobilität und andere emissionsfreie Antriebe zu entwickeln. Die Autoindustrie braucht Klarheit, dass fossile Verbrennungsmotoren keine Zukunft mehr haben. Nur so wird sie im globalen Wettbewerb um emissionsfreie Mobilität bestehen können. Wir wollen nicht, dass die Autoindustrie inkl. der Zulieferer das Schicksal der Energiekonzerne RWE, E.on & Co. nimmt sondern in Zukunft die saubersten und modernsten Autos der Welt produziert. Der Dieselmotor darf nicht zum Kohlekraftwerk der Automobilindustrie werden.	Übernahme	
WP-02-67	Thomas Diehl u.a.	ersetze „Das Fahrzeug“ durch „Der Verkehr“	Übernahme	
WP-02-78	Hans-Jürgen Klein u.a.	„Autonomer ÖPNV ist eine Chance für den ÖPNV, insbesondere im ländlichen Raum. Mit Hilfe der Technologie des autonomen Fahrens können Zubringerdienste zu Verkehrs-Knoten (Modal-Split) erbracht und Versorgungslücken geschlossen werden. Daher müssen sich Politik, Kommunen und regionale Verkehrsanbieter rechtzeitig auf den Einsatz autonomer Fahrzeugvarianten einstellen.“	erledigt durch 02-165-2	

WP-01-285-2		Ergänzen: Dabei ist es wichtig, weiterhin mehrere Optionen für emissionsfreie oder zumindest emissionsarme Antriebstechnologien zu erforschen. Eine Beschränkung auf die Elektromobilität ist hier nicht zielführend – nicht nur im Bereich des Personenindividualverkehrs sondern speziell im Güterverkehr (LKW) und bei landwirtschaftlichen Maschinen. Ein besonderer Augenmerk muss bei der Entwicklung von Antrieben auf der Energieeffizienz liegen	Übernahme	
WP-02-88	LAG MoVe u.a.	Ersetze in WP-02 in Zeile 88 ff. folgenden Text: „Deshalb wollen wir 100 Mobilitätsstationen für NRW schaffen, die verschiedene Angebote wie Fahrradabstellanlagen, E-Bike-Lademöglichkeiten, CarSharing und den ÖPNV miteinander verknüpfen.“ Durch: „Deshalb wollen wir 100 Premium-Mobilstationen für NRW schaffen, die viele verschiedene Angebote wie Fahrradabstellanlagen, E-Bike-Lademöglichkeiten, Verleihsysteme, CarSharing und den ÖPNV miteinander verknüpfen und besonderen Service bieten. Darüber hinaus wollen wir, gerade auch in der Fläche, für 1.000 Basis-Mobilstationen sorgen, wo der Umstieg zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln einfach und schnell geht.“	modifizierte Übernahme	Übernahme mit folgender Änderung: "Darüber hinaus wollen wir, gerade auch in der Fläche, 1000 Basis Mobilstationen ausweisen,"
WP-02-100	KV Mönchengladbach	nach "...zu verbinden." einfügen: "Wir wollen auf gesamter Länge der gemeinsamen Grenze eine Anbindung an das weltweit beachtete niederländische Radwegenetz schaffen."	Übernahme	
WP-02-108	KV Mönchengladbach	nach Zeile 108 (Ende des Absatzes) einfügen: "Den Einsatz von Firmenfahrrädern sowie von Lastenfahrrädern und Radkurier*Innen im lokalen Güterverkehr wollen wir fördern. Ebenso wollen wir innovative Modelle, welche die Alltagsfähigkeit von Fahrrädern erhöhen, wie die Entwicklung von Velomobilen, fördern. Mobil eingeschränkten Personen soll die Anschaffung von geeigneten Spezialfahrrädern erleichtert werden."	mod Übernahme	Nach Ende des Absatzes einfügen (Z. 108): „Um die Anwendungstiefe und Breite von Zweiradtechniken zu verbessern, wollen wir in diesem Bereiche Technologieforschung und Entwicklung fördern.“
WP-02-116	Gisela Weih u.a.	einfügen "Ein wichtiger Baustein kann auch die Förderung von Oberleitungssystemen oder anderen Formen von stromführenden Fahrleitungen sein."	nicht Übernahme	
WP-02-136	KV Mönchengladbach	Am Ende des Absatzes in Zeile 136 ergänzen: "Der grenzüberschreitende ÖPNV zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden soll ausgebaut werden."	mod Übernahme	Am Ende des Absatzes in Zeile 136 ergänzen: "Der grenzüberschreitende ÖPNV soll ausgebaut werden."
WP-02-146	LAG MoVe u.a.	Ersetze Zeile 146-151 durch: Künftig sollen mehr Gelder in die Verkehrsleistung fließen als in	erledigt durch Übernahme	

		<p>deren bürokratische Verwaltung. Den Zusammenschluss einzelner kommunaler Verkehrsunternehmen werden wir unterstützen. Es gibt zwischen Teilräumen unseres Landes bei der Nutzung von Bus und Bahn noch zu viele Barrieren. Ein Grund ist die über Jahre entwickelte zersplitterte Verantwortung für den Nahverkehr zwischen Verbänden und drei Zweckverbänden. So kommt es trotz Initiativen unserer Landesregierung immer noch zum Durcheinander bei Bahnsteighöhen und Fahrzeugbestellungen, unabgestimmten Fahrplänen und umständlichen Übergangstarifen. Aber der Öffentliche Verkehr muss endlich barrierefrei, günstig und einfach verständlich werden. Deshalb wollen wir mehr landesweite Standards vorgeben: Aufeinander abgestimmte Zugangebote, einheitliche Vorgaben wie bei Bahnsteighöhen und Informationsangeboten sowie kompatible Tarife müssen her! Und die derzeitige Struktur wollen wir entbürokratisieren und neu aufstellen. Die Organisationsstrukturen haben sich an den Interessen der Fahrgäste auszurichten. Dazu gehört für uns GRÜNE auch eine Landesverkehrsgesellschaft für regionale Schienenverbindungen wie es sie in vielen Bundesländern gibt. Diese Landesverkehrsgesellschaft wollen wir unter Einbindung von Kommunen und Bürger*innen und mit der Maßgabe der Gleichbehandlung aller Teilräume aufbauen, um Zugfahren in NRW weiter besser zu machen. Die Klassengesellschaft im regionalen ÖPNV wollen wir abschaffen, um mehr Platzkapazitäten insbesondere in den Hauptverkehrszeiten kostengünstig zu schaffen. So stärken wir GRÜNE weiterhin den Öffentlichen Verkehr als klima- und umweltfreundliche Mobilitätsalternative.</p>	Antrag 02-146-2	
WP-02-146-2	Rolf Beu u.a.	<p>Zeilen 146 bis 151 ersetzen durch: Den Zusammenschluss einzelner kommunaler Verkehrsunternehmen wollen wir unterstützen. Aufgrund der bestehenden Verbesserungsnotwendigkeiten wollen wir den schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr schneller barrierefrei und umweltfreundlicher, ausgestattet mit WLAN, ausreichend dimensioniert und benutzer*innenfreundlich machen, dabei Taktbrüche, tarifliche Benachteiligungen und für die Nutzer*innen nachteilige Aspekte wie unterschiedlich hohe Bahnsteighöhen beseitigen, mehr Fahrradstellplätze sollen die Angebote abrunden und u.a. die Intermodalität voranbringen. Zukünftig muss es endlich auch in NRW einfach, verständlich und ohne eine Vielzahl von unterschiedlichen Fahrkarten möglich sein, den Nahverkehr zu nutzen. Die Klassengesellschaft im regionalen ÖPNV wollen wir abschaffen, um kostengünstig mehr Platzkapazitäten in den Hauptverkehrszeiten zu</p>	Übernahme	

		<p>schaffen. Insbesondere den schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr wollen wir unter Berücksichtigung lokaler Interessen und Besonderheiten, unter breiter Beteiligung und Einbindung auch kommunaler Akteure weiterentwickeln. Hierbei kann eine Landesverkehrsgesellschaft die landesbedeutsamen und überregionalen Interessen mit einer Stimme vertreten. Dabei sind die regionalen Unterschiede zu beachten, um keine einseitige Ausrichtung zuzulassen. Unser Credo lautet: die Organisationsstrukturen haben sich an den Interessen der Fahrgäste auszurichten – sie sind kein Selbstzweck.</p>		
WP-02-149	KV Dortmund	<p>Streichung: "mit einer Landesverkehrsgesellschaft"</p>	erledigt durch Antrag 02-146-2	
WP-02-152	OV Alfter u. a.	<p>In WP-02 (Bahn- und ÖPNV-Angebot und –Finanzierung verbessern) Zeile 152 bis 157 durch folgenden Text ersetzen: Neue Nahverkehrsfinanzierung einschließlich fahrscheinloses Fahren für alle in ganz NRW prüfen Seit rund 60 Jahren ist die Verkehrspolitik auf das Auto konzentriert. Während bis dahin der öffentliche Nahverkehr auskömmliche Einnahmen hatte, ist dies schon lange nicht mehr der Fall. Er steht vor einer großen Sanierungsherausforderung. Mittel für dringend notwendige Investitionen fehlen. Sowohl die Ansprüche an Neu- und Ausbau des Nahverkehrs, etwa die mindestens stündliche Verbindung aller Quartiere und Gemeinden mit über 4000 Einwohnern, die Elektrifizierung als auch die anstehenden Erhaltungsmaßnahmen bei Straßen- und U-Bahnen bedürfen einer ausreichenden Finanzierungsgrundlage. Verschiedene Kommissionen der vergangenen Jahre sind sich darin einig. Bisher fehlt aber der politische Mut, die Versorgung der Bürger*innen mit funktionierendem, attraktivem Nahverkehr wieder als „Daseinsvorsorge“ zu verstehen, die ÖPNV als Angebot für alle meint. Dabei kommen in nicht allzu ferner Zeit auch neue Angebotsformen in Betracht – wie z.B. autonom fahrende Fahrzeuge, die Tag und Nacht einsetzbar sind, und hervorragend in den ÖPNV einbezogen werden können. Wenn aber die Fahrpreise nicht ins Uferlose steigen sollen und mehr Geld der Öffentlichen Hand nicht zu erwarten ist müssen neue Finanzierungsquellen geprüft werden. Wir wollen sie gemeinsam mit allen Beteiligten entwickeln. Andere Länder machen es uns vor: So hat Frankreich eine Nahverkehrsabgabe, mit der Unternehmen zu den geldwerten Vorteilen, die sie durch ein gutes ÖPNV-Angebot haben, einen Beitrag leisten. Dies führt dort zu relativ niedrigen Fahrpreisen. Alternativ wollen wir aber auch prüfen, inwieweit eine solidarische Umlagefinanzierung in Betracht kommt, die die Summe der bisherigen Fahrgasteinnahmen ersetzt, und darüber hinaus erhebliche Finanzmittel freisetzen kann. Die Vorteile sprechen für sich, wenn z.B. alle Bürger*innen über 18 Jahre, Unternehmen und Übernachtungsgäste entsprechend dem Fernsehbeitrag Beiträge in</p>	zurückgezogen	

	<p>einen „Nahverkehrsfonds“ einzahlen: Alle in NRW würden „fahrlos“ landesweit im Nahverkehr unterwegs sein können. Das „Semesterticket für alle“ oder „Bürgerticket“ würden Wirklichkeit. Dies hätte Auswirkungen auf eine bessere Teilhabe am kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Leben, auf den Arbeitsmarkt und auf das Klima. Der Grundsatz „preiswerte Mobilität“ für alle wird erreicht. Die neue Finanzierung ist familienfreundlich, weil Kinder und Jugendliche kostenlos fahren und sie nicht mehr ausgeschlossen sind, wenn sie kein Schülerticket erhalten. Schulausflüge sind z.B. leichter als bisher möglich. Komplizierte, anwenderunfreundliche Tarifsysteme gibt es nicht mehr. Ungerechte Tarifzonen entfallen. Wir denken an die älter werdende Gesellschaft und berücksichtigen den demografischen Wandel, weil der öffentliche Nahverkehr auch im Interesse älter werdender Menschen, die nicht mehr Auto fahren können, ausgebaut wird. Arme Menschen werden nicht schon deshalb vom kulturellen Leben ausgeschlossen, weil es am Geld für die Fahrtkosten fehlt. Menschen können sich auch jederzeit besuchen oder besucht werden. Dies beugt auch Vereinsamung vor. Die Arbeitsaufnahme von bisher Arbeitslosen wird erleichtert. Geringverdiener werden von hohen Fahrtkosten entlastet. Der Anreiz, Busse und Bahnen zu nutzen, steigt allgemein, nach Forschungsergebnissen um rund 30 Prozent. Kommunen werden – in Verbindung mit anderen Maßnahmen – von Nachteilen des Autoverkehrs entlastet. Auf weitere Parkplätze kann verzichtet werden, ggf. kann Parkraum zurückgebaut werden. So kann die Lebensqualität in unseren Städten verbessert werden. Es wird auch weniger Staus geben und die Ausweisung von Radwegen wird erleichtert. Das Klima in den Städten wird besser. Polizei und Justiz werden entlastet, weil „Schwarzfahren“ in NRW (§ 265a Strafgesetzbuch) nicht mehr verfolgt wird. Die Tourismuswirtschaft profitiert von einem attraktiven Angebot. Selbst Hochschulen werden entlastet, wenn sich „Scheinstudierende“ abmelden, die nur das günstige Semesterticket nutzen wollen. „Alkoholfahrten“ werden weniger. Und Autofahrer bleiben mobil, wenn ein Fahrverbot gilt, etwa wegen einer persönlichen Verfehlung oder weil zum Gesundheitsschutz anderer ein Einfahrverbot in Städte oder Quartiere eingerichtet werden sollte. Beitragseinnahmen, die zweckgebunden in einen „Nahverkehrsfonds“ fließen, sind stabil, unabhängig von steuerlichen Sparzwängen und erleichtern Investitionsplanungen. Bisherige Verwaltungskosten im ÖPNV würden drastisch sinken, sie wären wie beim Fernsehbeitrag niedrig. Sondertarife z.B. für Studenten oder sozial Schwache könnten abgeschafft werden, weil der neue Einheitstarif günstiger wäre als die bisherigen „Tickets“.</p> <p>Ein solches Modell bringt somit Finanzierungssicherheit für den ÖPNV und baut Zugangshindernisse wegen unverständlicher und teurer Tarife ab. Deshalb ist es wichtig, dass dieser Vorschlag oder andere Modelle weiter</p>		
--	---	--	--

		untersucht werden. Mögliche Probleme, etwa wie rasch die Versorgung des ländlichen Raumes entwickelt werden kann oder die Sozialverträglichkeit einer solchen verbindlichen Abgabe müssen ebenso geklärt werden wie die Frage, ob und inwieweit eine schrittweise Einführung notwendig ist, weil mit der heutigen Infrastruktur möglicherweise die dann entstehende Nachfrage zum Teil nicht bewältigt werden kann.		
WP-02-157	GRÜNE JUGEND NRW	Füge einen neuen Absatz ein: „Eine solidarische Finanzierung des ÖPNV ist für uns GRÜNE ein wichtiges Anliegen, um das Recht auf Mobilität für alle zu verwirklichen. Deshalb verfolgen wir die langfristige Vision eines ticketlosen Nahverkehrs für ganz NRW. Über eine Bundesratsinitiative Nordrhein-Westfalens wird der Bund aufgefordert, die Voraussetzungen für den ticketlosen Nahverkehr rechtlich abzusichern. Vor der Umsetzung sind zunächst die infrastrukturellen Voraussetzungen mit der Realisierung eines Schienenausbauprogramms und der Inbetriebnahme ausreichender zusätzlicher Busse und Bahnen zu schaffen, um die gewünschte wachsende Nachfrage auch fahrgastfreundlich bedienen zu können. Außerdem sind die unterschiedlichen sozialen Voraussetzungen der Bürger*innen und die unterschiedlichen räumlichen Voraussetzungen im Hinblick auf die ÖPNV-Angebote in Ballungszentren und in weniger besiedelten ländlichen Gebieten bei der Ausgestaltung zu berücksichtigen ohne eine überbordende neue Verwaltungsbürokratie zu schaffen. Auf dem Weg zum ticketlosen Nahverkehr ist eine NRW-weit gültige günstige Tarifierung einzuführen, die nicht am Widerstand der bisherigen diversen Verkehrsverbände scheitern darf. Entsprechende ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten, wie eine Drittnutzerfinanzierung, sind von der Landesregierung dazu anzustreben und die Anregungen der Enquetekommission Finanzierung, Innovation und Nutzung des Öffentlichen Personenverkehrs umzusetzen.“	modifizierte Übernahme	Nach Zeile 157 einfügen: „Auf Bundesebene sollen die Voraussetzungen für den ticketlosen Nahverkehr rechtlich erwirkt werden“
WP-03-989	Grüne Jugend NRW	Viele Betriebe sind wegen ihrer Größe nicht in der Lage, ihren Auszubildenden Nahverkehrstickets zu bieten und zu bezahlen. Deswegen müssen viele Auszubildende, gerade in ländlichen Regionen, einen Großteil ihres geringen Gehalts in eigene Tickets oder ein Auto stecken. Dem wollen wir entgegenwirken und daher über die Landesverkehrsgesellschaft ein subventioniertes NRW-Ticket für Auszubildende einführen.“ und Aufnahme eines Punktes nach Zeile 993: "Einführung des NRW-Tickets für Auszubildende“	Modifizierte Übernahme aus Kap.3	Nach Zeile 165 einfügen: „Viele Betriebe sind wegen ihrer Größe nicht in der Lage, ihren Auszubildenden Nahverkehrstickets zu bieten und zu bezahlen. Deswegen müssen viele Auszubildende, gerade in ländlichen Regionen, einen Großteil ihres geringen Gehalts in eigene Tickets oder ein Auto stecken. Dem wollen wir entgegenwirken und streben mit allen Beteiligten an, dass es ein landesweit gültiges und günstiges Ausbildungsticket gibt.“
WP-02-165-2	LAG MoVe	In Zeile 165 anfügen: „In Zukunft wird das Thema „fahrerloses Auto“ eine große Rolle spielen.	Übernahme	

		<p>Wenn die Verkehrssicherheit und das schadstofffreie Fahren gewährleistet sind, liegen darin große Chancen auch für den Öffentlichen Personennahverkehr, das Klima sowie die menschengerechte Stadtentwicklung. Wir werden uns daher intensiv mit der Frage befassen, ob und inwieweit diese neue Art der Mobilität für alle öffentlich verfügbar gemacht werden kann. Denn solche Autos, die für den ÖPNV produziert werden, sind individueller als Busse und Bahnen einzusetzen und werden nach einer Eingewöhnungsphase auf große Akzeptanz treffen. Sie haben den Vorteil, dass sie die Fahrgäste an beliebigen Orten abholen und zum Beispiel zur nächsten Haltestelle bringen können. Nach der Fahrt verschwinden sie aus dem Verkehrsraum. Fahrerlose Autos – von Verkehrsunternehmen betrieben – benötigen wenig Parkraum. Sie können Stoßstange an Stoßstange und Tür an Tür zum Beispiel in den Parkhäusern oder außerhalb der Städte abgestellt werden. Parkplätze an den Straßen können reduziert werden. Dies schafft mehr Freiraum für die Menschen in den Städten und für Radfahrer*innen.“</p>		
WP-02-165-3	LAG MoVe u.a.	<p>Ergänze in WP-02 in Zeile 165: „Wir wenden uns gegen eine aufgezwungene Privatisierung von örtlichen Busnetzen durch sog. „eigenwirtschaftliche Verkehre“, die auf Kosten der Beschäftigten und der kommunalen Selbstbestimmung geht. Kommunen sollen frei entscheiden können, ihr Busnetz selber zu betreiben.“</p>	Übernahme	
WP-02-166	Gisela Weih u.a.	<p>einfügen „Ein wichtiger Baustein kann auch die Förderung von Oberleitungssystemen oder anderen Formen von stromführenden Fahrleitungen sein.“</p>	Keine Übernahme	
WP-02-166-2	Werner Hager u.a.	<p>einfügen „Zukünftig sollen im öffentlichen Personenverkehr nur noch zumindest zweisprachige Fahrscheine verkauft werden. Beschilderungen öffentlicher Transportsysteme sollen ebenfalls mindestens zweisprachig sein. Insbesondere in Grenzgebieten sollten die Sprachen der angrenzenden Länder mitverwendet werden.“</p>	Mod. Übernahme	„Beschilderungen und Aushänge im Bereich öffentlicher Transportsysteme sollen möglichst mehrsprachig sein, sofern keine leicht verständlichen Logos/Symbole zur Verdeutlichung der Inhalte sinnvoll verwendet werden können.“
WP-02-169	LAG MoVe u.a.	<p>Ergänze in WP-02 in Zeile 169: „Wir wenden uns gegen eine direkte und mittels ÖPP indirekte Privatisierung der Straßen zum Nutzen von Banken, Versicherungen und Finanzinvestoren und zu Lasten der Anwohner von Verkehrswegen und der Beschäftigten des Landes. Eine Bundesfernstraßengesellschaft würde Privatisierung begünstigen und einen Finanzierungskreislauf Straße schaffen, der eine ökologische Verkehrswende erschwert. Daher sind wir gegen eine Änderung des Grundgesetzes und für Reformen innerhalb des bestehenden Systems der Auftragsverwaltung.“</p>	Übernahme	

WP-02-197	LAG MoVe u.a.	Ergänze in WP-02 in Zeile 197: „Wir lehnen die von der Bundesregierung beschlossene Pkw-Maut als europafeindlich und bürokratisch ab.“	Übernahme	
WP-02-197-2	KV Leverkusen u.a.	Zur Förderung der Elektromobilität setzen wir uns weiterhin dafür ein, eine neue Fahrzeugklasse für elektrogetriebene Zweiräder einzuführen. Die Höchstgeschwindigkeit der Fahrzeuge wird auf 80 km/h begrenzt. Die Fahrzeuge dürfen ab 18 Jahren mit PKW-Führerschein ohne weitere Zusatzprüfung gefahren werden. Diese Fahrzeuge werden von der Steuer freigestellt.	mod Übernahme	In Zeile 197 einfügen: „Wir halten elektrogetriebene Motorroller bzw. Motorräder für eine weitere gute Alternative und setzen uns für eine Förderung und die Beseitigung von Nutzungshemmnissen ein.“
WP-02-208	KV Dortmund	Ergänzungen: Wir wollen an allen Flughäfen ein Nachtflugverbot in der Kernzeit von 22:00 bis 6:00 Uhr, in einem ersten Schritt, sofern noch keine entsprechende Beschränkung der Betriebszeit besteht , aber zumindest zwischen 0:00 und 5:00 Uhr.	Mod Übernahme	Einfügen in Z. 208: „Wir wollen Nachtflugverbote in der Kernzeit von 22-6 Uhr, über den Bestandsschutz bestehender Nachtflugverbote hinaus wollen wir die rechtlichen Möglichkeiten voranbringen.“
WP-02-241	LAG MoVe u.a.	Ergänze in WP-02 in Zeile 241: „Wir wollen, dass sich NRW weiterhin nicht am Feldversuch des Bundes für Gigaliner beteiligt. Eine dauerhafte Zulassung von Gigalinern lehnen wir ab, da sie den Güterverkehr auf der Straße steigern und noch problematischer machen würde.“	Mod. Übernahme	Einfügen in Zeile 241: „Eine dauerhafte Zulassung von Gigalinern lehnen wir ab, da sie den Güterverkehr auf der Straße steigern, die Verkehrssicherheit senken und den Verkehrsfluss einschränken.“
WP-02-241-2	LAG MoVe u.a.	Ergänze in WP-02 in Zeile 241: „Wir sprechen uns für eine Einbeziehung von Fernbussen und Lkw ab 3,5 t in die Lkw-Maut und eine Ausweitung auf das gesamte Straßennetz aus.“	Übernahme	
WP-02-243	LAG MoVe u.a.	In WP-02 nach Zeile 243 folgende Stichpunktliste einfügen: Wir fordern: <ul style="list-style-type: none"> • Emissionsfreien Verkehr auf Straße und Schiene, insbesondere Ladestationen und die Elektrifizierung, fördern. • 100 Mobilitätsstationen zur optimalen Verbindung der verschiedenen Verkehrsmittel schaffen. • Landesweites Netz mit Radschnellwegen aufbauen. • Eine internationale Mobilitätsausstellung initiieren. • Steigerung der Fahrgastzahlen des ÖPNV um 50 Prozent. • Orte und Quartiere, die mehr als 4.000 Einwohner*innen haben, mit öffentlichem Nahverkehr mindestens im Stundentakt versorgen. • Mehr Geld in die Nahverkehrsfinanzierung einfließen lassen. • Im Straßennetz den Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ sowie Bürgerbeteiligung in allen Verfahren durchsetzen. • Nachtflugverbote und Flugzeug-Lärmabgaben 	mod Übernahme	In WP-02 nach Zeile 243 folgende Stichpunktliste einfügen: Wir fordern: <ul style="list-style-type: none"> • Emissionsfreien Verkehr auf Straße und Schiene, insbesondere Ladestationen und die Elektrifizierung, fördern. • 100 Premium-Mobilstationen zur optimalen Verbindung der verschiedenen Verkehrsmittel schaffen. • Landesweites Netz mit Radschnellwegen aufbauen. • Orte und Quartiere, die mehr als 4.000 Einwohner*innen haben, mit öffentlichem Nahverkehr mindestens im Stundentakt versorgen. • Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken • Schnellbusse zwischen ländlichen Zentren (wo keine Schienenstrecken existieren) • Im Straßennetz den Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ sowie Bürgerbeteiligung in allen Verfahren durchsetzen.

		einführen.		<ul style="list-style-type: none"> • Nachtflugverbote und Flugzeug-Lärmabgaben einführen Ticketloser Nahverkehr für ganz NRW , Landesweit gültiges und günstiges Ausbildungsticket
WP-02-272	Werner Hager u.a.	“Im Land NRW soll zukünftig keinerlei Subvention in die Rüstungsindustrie- und Rüstungsforschung fließen. Insbesondere sollen auch Drittmittel im Bereich der Rüstungsforschung keine weiteren Zuschüsse aktivieren. Das Land soll Universitäten, Institute und Forscher*innen ermutigen, in ihren Patentschriften die militärische Nutzung auszuschließen.“	Erledigt mod. Übernahme in WP-03-1279	
WP-02-336	Katharina Dröge u.a.	<p>In Zeile 336 die Überschrift ändern in „Eine nachhaltige Stahl- und Chemieindustrie für den Ressourcenwandel“</p> <p>Und nach Zeile 358 einfügen: „Eine klimafreundliche, innovative und wettbewerbsfähige Stahlproduktion ist unverzichtbar für die ökologische Modernisierung der Industrie. Unser Ziel ist es, Europas Stahlindustrie zum Technologieführer in Sachen Emissionsminderung, Energie- und Materialeinsparung, Recycling und Sektor übergreifende Kooperationen, zum Beispiel mit der Chemieindustrie, zu machen. Hierfür ist eine Innovationsstrategie auf nationaler und europäischer Ebene notwendig. Investitionen in Forschung und Entwicklung sollten deshalb sowohl aus den nationalen Budgets als auch vom Europäischen Investitionsfonds (EFSI) gefördert und an die genannten Ziele gekoppelt werden, sowie der Emissionshandel zu einem schlanken und wirksamen Klimaschutzinstrument weiterentwickelt werden. Doch damit wichtige Fortschritte in Bezug auf Ressourceneffizienz und CO2-Reduktion nicht auf Grund eines unfairen Wettbewerbs auf dem internationalen Stahlmarkt bedroht werden und damit auch tausende Arbeitsplätze in NRW in Gefahr geraten, fordern wir von der Europäischen Kommission die Stärkung handelspolitischer Schutzinstrumente. Insbesondere mit Blick auf die Debatte um den „Marktwirtschaftsstatus“ der Volksrepublik China gibt es Handlungsbedarf. Gegen wettbewerbsverzerrendes Verhalten und Produkte zu Dumpingpreisen müssen effektive Schutzzölle weiter möglich sein. Zudem sollten Antisubventions- und andere Ausgleichszölle stärker genutzt werden.“</p>	Übernahme	
WP-02-350	LAG Wirtschaft	<p>LAG Wirtschaft</p> <p>Auch bei der ökologischen Modernisierung der Chemieindustrie kämpfen wir daher weiter dafür, dass ökologische Folgekosten der chemischen Produktion vollständig eingepreist werden, damit insbesondere der Ausstoß von CO2 mit einem wirksamen „Preisschild“ versehen wird, um den klimafreundlicheren Verfahren zum Erfolg zu verhelfen.</p>	Übernahme	
WP-02-353	Kreisverband	Ergänze nach Zeile 353:	mod Übernahme	In Zeile 353 einfügen:

	Bielefeld	<p>Eine Ressourcenwende ist ohne eine zukunftsweisende Chemieindustrie kaum möglich, geht aber weit darüber hinaus und zielt auf einen anderen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ab. trotz bisherigen umfangreichen klimafreundlichen Maßnahmen werden die "planetarischen Grenzen von Jahr zu Jahr früher überschritt</p> <p>Ten. Deshalb muss sich unsere Forschung auf eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs richten, hier sind gewaltige Anstrengungen nötig! Ziel ist die Etablierung einer vollumfänglichen Kreislaufwirtschaft.</p> <p>Danach in Zeile 354 weiter mit "Für diese wirklich nachhaltige..."</p>		<p>Eine Ressourcenwende ist ohne eine zukunftsweisende Chemieindustrie kaum möglich, geht aber weit darüber hinaus und zielt auf einen anderen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen ab. Trotz bisherigen umfangreichen klimafreundlichen Maßnahmen werden die "planetarischen Grenzen" von Jahr zu Jahr früher überschritt.</p> <p>Trotz der bisherigen, umfangreichen, klimafreundlichen Maßnahmen wird die "Kapazität der Erde" von Jahr zu Jahr früher ausgeschöpft. Deshalb muss sich unsere Forschung auf eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs richten, hier sind gewaltige Anstrengungen nötig! Ziel ist die Etablierung einer vollumfänglichen Kreislaufwirtschaft.</p> <p>Danach in Zeile 354 weiter mit "Für diese wirklich nachhaltige..."</p>
WP-02-423	KV Dortmund	<p>Daher wollen wir wirtschaftlichen Vereinen den Status einer sogenannten „kleinen Genossenschaft“ ermöglichen, damit Kleinstunternehmen und Vereinigungen von Bürger*innen, die beispielsweise mit einem Dorfladen gemeinwohlorientierte Ziele vertreten, sich leichter und kostengünstiger engagieren können.</p> <p>ersetzen durch</p> <p>Daher wollen wir Kleinstunternehmen, Initiativen und Vereinigungen von Bürger*innen sowie wirtschaftlich tätigen Vereinen den Status einer sogenannten „kleinen Genossenschaft“ ermöglichen. Eine „kleine Genossenschaft“ mit gemeinwohlorientierten Zielen kann somit beispielsweise einen Dorfladen leichter und kostengünstiger bewirtschaften.</p>	Übernahme	
WP-02-433	LAG Wirtschaft	Ergänzen: Die Forschung im Bereich der Genossenschaften und ihrer Finanzierung wollen wir ausbauen.	Übernahme	
WP-02-468	KV Dortmund	<p>Zeilen 468-477</p> <p>Ohne die Herausforderung durch den Strukturwandel kleinzureden und zu leugnen, dass die Menschen im Ruhrgebiet mit enormen Veränderungen und dem Verlust jahrhundertealter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen konfrontiert waren und zum Teil noch sind, sind wir GRÜNE davon überzeugt, dass das Ruhrgebiet und seine Menschen die beste Zeit immer noch vor sich haben. Die Erfahrung, das Wissen und der Mut, die in der Vergangenheit zum wirtschaftlichen Erfolg geführt haben, können auch heute das „Kapital“ sein, um sich als Industrieregion auf gewandeltem Fundament neu zu erfinden: als nachhaltiger Industriestandort auf der Basis</p>	Mod Übernahme	Wir wollen die Herausforderung durch den Strukturwandel und den Verlust jahrhundertealter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen nicht kleinreden. Doch vielerorts zeigt sich bereits die Dynamik, die dieser Wandel freisetzt, und die das Ruhrgebiet zu einer spannenden und lebenswerten Region machen. Denn die Erfahrung, das Wissen und der Mut, die in der Vergangenheit zum wirtschaftlichen Erfolg geführt haben, können auch heute das „Kapital“ sein, um sich als

		<p>erneuerbarer, dezentral und demokratisch organisierter Energie. ersetzen durch</p> <p>Wir wollen die Herausforderung durch den Strukturwandel und dem Verlust jahrhundertealter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen nicht kleinreden. Der Strukturwandel ist ein Prozess, der im Ruhrgebiet schon vor einigen Jahren begonnen hat. Eine zahlenmäßig geschrumpfte, aber technologisch führende Stahl-, Metall – und chemische Industrie mit den damit verbundenen Erfahrungen (alternativ: Know-how) soll ein Fundament bilden für eine nachhaltige Industrieregion auf der Basis erneuerbarer, dezentral organisierter Energie.</p>		<p>Wirtschaftsregion auf gewandeltem Fundament neu zu erfinden: als nachhaltiger Industriestandort auf der Basis erneuerbarer, dezentral und demokratisch organisierter Energie.</p>
WP-02-479	KV Dortmund	<p>Streichung: Das Internet der Dinge, digitale Kommunikation, Industrie 4.0 und eine neue Teil- und Tauschkultur begründen ein industriepolitisches Muster, das nachhaltig und vorbildlich zugleich ist. Industrielle Leitmärkte der Zukunft sind unter anderem E-Mobilität sowie die abfallarme und ressourcensparende 3-D-Drucktechnologie.</p>	Mod Übernahme	<p>Ersetze in Zeile 479: Das Internet der Dinge, die digitale Kommunikation und eine neue Teil- und Tauschkultur begründen ein industriepolitisches Muster, das nachhaltig und vorbildlich zugleich ist. Industrielle Leitmärkte der Zukunft sind für das Ruhrgebiet unter anderem E-Mobilität/ E-Logistik, Effizienztechnologien wie z.B. die ressourcensparende Herstellung von Bau- und Werkstoffen aus Altmaterial, Medizintechnik, Mikro- und Nanotechnologie sowie die abfallarme 3-D-Druckertechnologie</p>
WP-02-493	KV Dortmund	<p>Beschäftigung ist ein wichtiges Mittel, um Armut zu bekämpfen. Wirtschaftsförderung ist daher auch Sozialpolitik. Die Vergleiche mit anderen Regionen unseres Landes zeigen, dass ein breit aufgestellter Mittelstand ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist. Wir brauchen daher eine Kursänderung im Bereich der Wirtschaftsförderung, die sich anders als bisher verstärkt an Mittelstand und Handwerk orientieren muss.</p> <p>ersetzen durch</p> <p>Die zahlreichen Universitäten und Forschungseinrichtungen des Ruhrgebiets bilden ein enormes Potenzial für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Durch die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Forschung und regionalen Unternehmen sowie die Gründung neuer Unternehmen z.B. in Technologiezentren kann so langfristig ein breit aufgestellter Mittelstand für einen nachhaltigen Erfolg entstehen.</p>	Mod.Ü.	<p>Die zahlreichen Universitäten und Forschungseinrichtungen des Ruhrgebiets bilden ein enormes Potenzial für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Durch die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Forschung Wissenschaft und regionalen Unternehmen sowie die Gründung neuer Unternehmen zum Beispiel in Technologiezentren kann so langfristig ein nachhaltiger Erfolg entstehen</p> <p>Die Vergleiche mit anderen Regionen unseres Landes zeigen, dass ein breit aufgestellter Mittelstand ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist. Wir brauchen daher auch eine Kursänderung im Bereich der Wirtschaftsförderung, die sich anders als bisher verstärkt an Mittelstand und Handwerk orientieren muss.</p>

WP-02-504	KV Dortmund	Streichung dieses Teils: und ihren Fixpunkt in der Vision einer „sekundären“ Biosphärenregion findet, die zusammenführt, was zusammengehört und zusammengeht: intakte Natur und kraftvolle Industrie und Wirtschaft. Die Grüne Hauptstadt Essen 2017 ist auf dem Weg dahin ein Leuchtturm, der Licht dorthin bringt, wo zu viele zu lange meinten, es wäre dunkel und bliebe das auch.	Mod Übernahme	Wir wollen das Ruhrgebiet stärken – als eine europäische Industrieregion im Grünen, die sich an den Chancen der Umweltwirtschaft sowie einer nachhaltigen und menschenfreundlichen Stadtentwicklung und Verkehrspolitik orientiert, die zusammenführt, was zusammengehört und zusammengeht: intakte Natur und kraftvolle Industrie und Wirtschaft. Die Grüne Hauptstadt Essen 2017 ist auf dem Weg dahin ein Leuchtturm mit überregionaler Strahlkraft.
WP-02-537	KV Dortmund	Ergänzung: Als wichtige Partner*innen bei der Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte von morgen bilden diese Betriebe aus Handel, Handwerk, Produktions- und Dienstleistungsgewerbe sowie der freien Berufe das Rückgrat einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in NRW.	Übernahme	
WP-02-548	Katharina Dröge u.a.	Nach Zeile 548 soll eingefügt werden: „Wir wollen Unternehmensgründungen durch Frauen stärker fördern. Frauen gründen anders als Männer, deshalb bedarf es auch spezieller Förderung. Der Großteil der Start-up Gründungen in Deutschland erfolgt durch Männer, bislang liegt der Anteil der Gründerinnen nur bei 13 Prozent. Insbesondere beim Thema technisch-orientierte Start-ups geht es uns darum, spezifische Beratungsprogramme und verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten konkret auf Frauen zuzuschneiden. Zudem wollen wir mit speziellen Fördermaßnahmen mehr Frauen ermutigen, die Nachfolge oder die Übernahme von Unternehmen anzustreben.“	Übernahme	
WP-02-611	KV Dortmund	Die Digitalisierung wirkt sich auch auf die Anbieter*innen von Dienstleistungen aus. Unter anderem da hier neue Angebote entstehen, aber beispielsweise auch aufgrund von wachsenden Bedarfen in der Pflege von Senior*innen, werden weitere Menschen in dieser Branche Arbeit finden. ersetzen durch Die Digitalisierung wirkt sich auch auf die Anbieter*innen von Dienstleistungen aus, unter anderem da hier neue Angebote entstehen. Wir wollen Dienstleister, Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen auf dem Weg zur „Guten Arbeit 4.0“ zu unterstützen. Unternehmen werden sich und ihre Produkte bzw. Dienstleistungen zukünftig nicht mehr solitär betrachten und vermarkten, sondern sich als Teil der gesamten Wertschöpfungskette verstehen.	Übernahme	
WP-02-621	LAG Wirtschaft	Diese Entwicklung unterstützen wir mit unserer wirtschaftspolitischen Leitidee einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte bei gleichzeitiger Neudefinition makroökonomischer Ziele im Sinne einer verbesserten Lebensqualität und einer Verringerung ökologischer Fußabdrücke (Green	Übernahme	

		New Deal).		
WP-02-667	KV Mönchengladbach	nach Zeile 667 ergänzen: "Die volle Zweigleisigkeit auf der Schienenstrecke zwischen Dülken und Kaldenkirchen zur Verbesserung der europäischen Mobilität unter Berücksichtigung des maximalen Lärmschutzes wird in der Periode 2017-2022 umgesetzt. Gleiches gilt für die Schienenverbindung Mönchengladbach – Köln – Koblenz."	Mod. Übernahme	nach Zeile 667 einfügen: "Dort, wo es eingleisige Bahnstrecken weitere Kapazitätsausweisungen verhindern, sind diese zweigleisig auszubauen."
WP-02-667-2)	LAG Wirtschaft	Wir wollen die Mittel für den Breitbandausbau dabei so einsetzen, dass im ganzen Land eine gleichwertige Versorgung mit schnellem Internet erreicht wird. Eine zu langsame Datenübertragung stellt einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar. Ländliche Räume mit ihren starken mittelständischen Strukturen dürfen bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden.	Übernahme	
WP-02-675	LAG Wirtschaft	Wir wollen das Landes-IHK-Gesetz und seine Rechtsverordnung anpassen und die Anzahl der IHKn in NRW von 16 auf 8 reduzieren.	Mod. Übernahme	In Zeile 674 einfügen (hinter „hinwirken, dass...“ „insbesondere sich die Industrie- und Handelskammern in NRW zusammen schließen. Wir setzen uns diesbezüglich für eine Verschlinkung ein. Ziel ist es,....“
WP-02-722	LAG Wirtschaft	Beim Ausbau der Windenergie legen wir großen Wert darauf, dass dieser vor Ort möglichst im Konsens aller Beteiligten geschieht. Nur wenn die Interessen der Betroffenen, insbesondere auch die Anliegen des Naturschutzes, angemessen berücksichtigt werden, kann dauerhaft ein zügiger und konfliktarmer Ausbau der Windenergie erfolgen.	nicht Übernahme	
WP-02-752	OV Alfter u.a.	In WP- 02 (Tourismuswirtschaft – Nachhaltig – vielfältig – inklusiv) wird in Zeile 752 eingefügt: „Alle Orte und Quartiere mit mehr als 4000 Einwohnern sollen mindestens im Stundentakt mit öffentlichem Nahverkehr erschlossen und verbunden werden. Außerdem wollen wir einen öffentlichen Nahverkehr, den sich jeder leisten kann. Touristen werden davon profitieren, weil sie ganz NRW mit einem einheitlichen, geringen Entgelt entspannt mit Bussen und Bahnen bereisen können. (Näheres unter „Bahn- und ÖPNV-Angebot und –Finanzierung verbessern“).	zurückgezogen	
WP-02-791	LAG Wirtschaft	Bürokratie abbauen durch Reduktion der Anzahl der Industrie- und Handelskammern von 16 auf 8	wird zurückgezogen	
WP-02-829	LAG Medien/Netz	Ersetze "Wir sind zudem Teil der Freifunk-Bewegung" durch "Wir unterstützen die Freifunk-Bewegung"	Übernahme	
WP-02-829f	LAG Medien/Netz	Ersetze "die für offene, unzensurierte und anonyme Zugänge zum Internet kämpft." durch "die für offene, unzensurierte und datensparsame Zugänge zum Internet kämpft."	Übernahme	
WP-02-896	KV Paderborn	möge nach „für Freifunkrouter ein.“ folgender Satz eingefügt werden:	Mod. Übernahme	Einfügen nach Zeile: 896 hinter "für Freifunkrouter":

		„Die bestehende finanzielle Förderung der Freifunk-Initiativen werden wir mindestens im bisherigen Umfang fortführen.“		„Die bisherige Förderung von Freifunk-Vereinen zur Stärkung der Medienkompetenz werden wir mindestens im bisherigen Umfang fortführen und die Förderung des Aufbaus von Netzinfrastrukturen durch Freifunker*innen strukturell absichern und finanziell weiter unterstützen.“
WP-02-933	KV Lippe u.a.	Überschrift ändern in: „Wir stärken Unternehmen in der Industrie 4.0 – Vorbild it's OWL“	nicht Übernahme	erledigt durch 942.
WP-02-942	Matthi Bolte u.a.	Zeile 942 bis 947 („Mit dem ... nutzbar machen“) streichen und nach Zeile 953 folgenden neuen Absatz einfügen: „Vorbild it's OWL Mit dem Spitzencluster „Intelligente Technische Systeme Ostwestfalen-Lippe (it's OWL)“ wurden die Strukturen, die für den Wissenstransfer über Digitalisierung notwendig sind, in einer Region bereits in vorbildlicher Weise geschaffen. Hier ist ein Technologienetzwerk von internationalem Rang entstanden, das für die Digitalisierung der Industrie herausragende Bedeutung hat. Wir wollen „it's OWL“ fortführen. Dabei setzen wir inhaltliche Schwerpunkte bei ökologischer Nachhaltigkeit und der Senkung des Ressourcenverbrauchs durch digitale Geschäftsmodelle. Bei der Fortführung von „it's OWL“ wollen wir zudem auf die stärkere Einbeziehung des Handwerks sowie kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) hinwirken. Hierdurch wollen wir einen stärkeren Wissenstransfer zwischen Industrie, Handwerk und KMU zu Fragen der Digitalisierung sicherstellen. Im Kontext von it's OWL wollen wir die Spitzenforschung in Ostwestfalen-Lippe zu Fragen des digitalen Wandels stärken. Die Basis ist mit dem Fortschrittskolleg „Arbeit 4.0“ und dem Forschungsschwerpunkt „Digitale Zukunft“ an den Universitäten Bielefeld und Paderborn bereits gelegt. Auf dieser Basis wollen wir in den nächsten Jahren die Ansiedlung weiterer Forschungsinstitute (z.B. Leibnitz, Fraunhofer oder Max Planck) in Ostwestfalen-Lippe forcieren. Die Stärken von „it's OWL“ – die branchenübergreifende und auch brancheninterne Kooperation – wollen wir auch für andere Regionen des Landes nutzbar machen.“	Übernahme	
WP-02-963	KV Paderborn	vor „Diese Showrooms sollen“ möge folgender Satz eingefügt werden: Die Showrooms sollen an bestehende Zentren zur Digitalen Transformation angebunden werden, um Synergiepotenziale zu erschließen.	Mod. Übernahme	Füge ein in Zeile 963 (nach „einzurichten“.): Bei der Einrichtung der Showrooms wollen wir Synergiepotenziale nutzen.
WP-02-981	GRÜNE JUGEND NRW	Füge nach „wichtiger Rolle“ ein: „Mindestens so wichtig ist der korrekte Einsatz von Verschlüsselung in allen digitalen Datenübertragungen.“	Übernahme	
WP-02-994	KV Paderborn	Zeile 994/6 Der Satz möge folgendermaßen ergänzt werden:	Übernahme	

		Die Strukturen müssen so ausgerichtet sein, dass die Beschäftigten im Gesundheitswesen sie als Mehrwert und arbeitserleichternd erleben, die Patient*innen sich mitgenommen und informiert fühlen, die Datensicherheit jederzeit gewährleistet ist und hinsichtlich des Datenschutzes das Prinzip 'Meine Daten gehören mir' stets Anwendung findet.		
WP-02-1018	KV Paderborn	vor „Das Institut soll“ möge folgender Passus eingefügt werden: Effizientere Prozesse, neue Produkte und digitale Dienstleistungen werden eine höhere Produktivität und Wertschöpfung zur Folge haben. Industrie 4.0 wird aber auch die Arbeits- und Lebenswelt des Menschen verändern. Unter dem Stichwort Arbeit 4.0 sind die Entwicklungstrends der Zukunft und die Weiterentwicklung der Humanisierung der Arbeit in den jeweiligen Wissenschaftsbereichen kritisch zu untersuchen. Die gesellschaftliche Diskussion ist durch die Entwicklung unterschiedlicher Modelle zum Umgang mit und zu den gesellschaftlichen Vorstellungen von Zielen und Grenzen dieser Entwicklung zu unterstützen.	Übernahme	
WP-02-1021	GRÜNE JUGEND NRW	Füge neuen Absatz ein: „Dabei möchten wir auch weiterhin, dass Studierenden ihre Unterlagen für Lehrveranstaltungen digital zur Verfügung gestellt werden. Dem Rahmenvertrag für Universitäten der Verwertungsgesellschaft Wort stehen wir kritisch gegenüber, da er durch aufwendige Prozesse die Digitalisierung des Studiums umkehren wird. Wir wollen daher darauf hinwirken, alternative Modelle der Entlohnung von Autor*innen zu entwickeln, die der Digitalisierung nicht im Weg stehen. Bis dahin übernimmt das Land die anfallenden Mehrkosten, die durch die Verträge mit der VG Wort den Universitäten entstehen.“	Mod.Ü.	Füge neuen Absatz ein: r auch weiterhin, dass Studierende ihre Unterlagen für Lehrveranstaltungen digital zur Verfügung gestellt werden. Dem Rahmenvertrag der Universitäten der Verwertungsgesellschaft Wort stehen wir kritisch gegenüber. Wir wollen daher darauf hinwirken, alternative Modelle der Entlohnung von Autor*innen zu entwickeln, die der Digitalisierung nicht im Weg stehen und keinen bürokratischen Aufwand an den Hochschulen verursachen. Mehrkosten durch den Uni-Rahmenvertrag für die Studierenden entstehen könnten, lehnen wir ab.
P-02-1054-2	KV Soest	Ergänzen: Wir treten daher für eine Ökologisierung und Regionalisierung der Landwirtschaft in NRW ein, die ihre Produkte nachhaltig produziert und regional vermarktet. Dabei wollen wir den Landwirten in NRW auch finanzielle Umstellungshilfen bereitstellen, die ihnen den Übergang hin zum Ökolandbau erleichtern soll.	Mod.Ü.	Wir treten daher für eine ökologisch, regionale und nachhaltige Landwirtschaft in NRW ein. Dabei wollen wir den Landwirten in NRW auch weiterhin finanzielle Umstellungshilfen bereitstellen, die ihnen den Übergang hin zum Ökolandbau erleichtern soll.
WP-02-1054-3	KV Soest	Ergänzen: Die so genannte „gute fachliche Praxis“ in der Landwirtschaft ist als Begriff immer wieder verwendet. Was dies ist bleibt aber im Unklaren, da sich die Praxis im Laufe der Zeit verändert. So sind heute die Praktiken der industrialisierten Landwirtschaft eben „gute fachliche Praxis“ und dies ist eben nicht gut so. Die schleichende Veränderung hin zu industriellen Bewirtschaftungsmethoden hat als Folge den Verlust der Biodiversität. Um	Mod.Ü.	Der unkonkrete Rechtsbegriff "Gute fachliche Praxis" muss konkretisiert werden. Dazu gehört eine verbindliche bundesweite Definition, die den Schutz von Wasser, Luft und Natur sichert. Dafür werden wir uns einsetzen.

		dem entgegenzuwirken ist es notwendig aus dem unkonkreten Rechtsbegriff einen konkreten zu machen. Dazu ist es notwendig eine verbindliche Definition der „guten fachlichen Praxis“ zu erstellen, wofür wir uns einsetzen.		
WP-02-1054-4	Katharina Dröge u.a.	Hinter Zeile 1054 soll folgender Absatz ergänzt werden: Die geplante Fusion der Leverkusener Bayer AG mit dem auf Agro-Gentechnik spezialisierten Konzern Monsanto lehnen wir Grünen in NRW ab. Die Fusion würde zu einer enormen Marktmacht im bereits hochkonzentrierten Markt für Saatgut und Pestiziden führen. Landwirte und Verbraucher*innen hätten das Nachsehen. Der Lobbydruck gegen ein Verbot von Glyphosat oder beim Thema Gentechnik in Europa würde steigen. Aus unserer Sicht muss die Fusion durch die EU-Kommission untersagt werden. Sie muss bei ihrer Marktbeurteilung berücksichtigen, dass Saatgut und Pestizide immer stärker als Koppelprodukte angeboten werden.	Übernahme	
WP-02-1072	KV Paderborn	Nach Zeile 1072 von WP02 möge folgender Passus eingefügt werden: Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher setzen wir uns nach wie vor für gentechnikfreie Lebensmittel und eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein. Auf Landesebene, auf Bundesebene durch Bundesratsinitiativen sowie auf EU-Ebene werden wir uns für ein Verbot des Anbaus, des Handels und der Einfuhr von gentechnisch veränderten Pflanzen, Tieren und Lebensmitteln stark machen.	Mod. Übernahme	Nach Zeile 1072 einfügen: "Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher setzen wir uns nach wie vor für gentechnikfreie Lebensmittel und Landwirtschaft ein. Wir werden uns weiterhin auf Landesebene, auf Bundesebene durch Bundesratsinitiativen sowie auf EU-Ebene für ein Verbot des Anbaus, des Handels und der Einfuhr von gentechnisch veränderten Pflanzen, Tieren und Lebensmitteln stark machen"
WP-02-1083	KV Soest	Ergänzen: Der Humusanteil des Bodens sollte für die Bewertung der Umsetzung der guten fachlichen Praxis eine zentrale Rolle spielen. Mit einem höheren Humusanteil sind viele positive Effekte für den Zustand des Bodens verbunden und so sollte es einen verbindlich festgelegten höheren Anteil als jetzt geben.	Mod. Übernahme	"Zum Schutz von Boden und Klima wollen wir die Humusgehalte unserer landwirtschaftlichen Flächen erhöhen."
WP-02-1138	KV Lippe	Anfügen nach Zeile 1138: <i>In NRW werden von vielen kleineren und größeren Initiativen historische Obst- und Gemüsesorten erhalten sowie historische und regionale Tierrassen gezüchtet. Diesen Genpool als Zuchtbasis für regional angepasste Obst- und Gemüsesorten für den ökologischen Landbau zu erhalten und die identitätsstiftende Wirkung regionaler Sorten, Rassen und ihrer Produkte zu nutzen ist uns etwas wert. Deshalb werden wir den Anbau regionaler und historischer Obst- und Gemüsesorten und die Haltung regionaler Nutztierassen bei Landwirten und Initiativen ebenso fördern wie deren züchterischer Bearbeitung.</i>	Übernahme	
WP-01-154		<i>Stickstoffausbringung begrenzen zum Gewässerschutz Die Nitrat- und Stickstoff-Einbringung aus der Landwirtschaft sind die Hauptverursacher des Nitrates in den Gewässern, insbesondere im</i>	modifizierte Übernahme	übernommen aus Kap. 1 Übernehmen und dabei "Steuer" durch "Abgabe" ersetzen/statt "könnten für diese Klein-

		<p>Grundwasser.. Um die Nitratwerte der Gewässer nennenswert zu senken, bedarf es einer zeitnahen Kurskorrektur in der Landwirtschaft. Eine effektive Möglichkeit ist eine Steuer auf ausgebrachte Gülle und andere stickstoffhaltige Produkte auf landwirtschaftliche Flächen.</p> <p>Um die bäuerliche Landwirtschaft, welche uns hilft, die regionaltypischen Besonderheiten zu bewahren, nicht zu belasten, könnten für diese Klein-Betriebe entlastende Freibeträge eingeführt werden</p>		Betriebe": "sollen für kleinere Betriebe"
WP-02-1170	KV Soest	<p>Ergänzen:</p> <p>Besorgniserregend ist die Entwicklung hin zu immer größeren, breiteren bzw. schwereren landwirtschaftlichen Fahrzeugen bzw. Maschinen. Diese belasten die öffentlichen Straßen und Wege in den Gebieten NRW, in denen Landwirtschaft betrieben wird. Die Straßen und Wege sind für solche Lasten nicht ausgelegt und sorgen dafür, dass die kommunalen Wege durch diese Überlastung beschädigt werden und zu Lasten der Allgemeinheit wieder in Stand gesetzt werden müssen. Bei den oftmals schmalen Gemeinde- und Kreisstraßen ist ein Begegnungsverkehr eigentlich nicht möglich ohne auf die Bankette zu fahren. Die Fahrzeuge sind schon jetzt so breit, dass sie auch auf gut ausgebauten Kreisstraßen breiter sind als die ihnen zustehende Hälfte der Wegefläche. Wir treten daher für Standards in Bezug auf Größe, Breite und Achslast bei landwirtschaftlichen Maschinen ein, die die vorhandenen Infrastrukturfähigkeiten der öffentlichen Güter, Straßen und Wege verbinden.</p>	mod Übernahme	In Zeile 1170 einfügen: Immer größere, breitere und schwerere Fahrzeuge in der Landwirtschaft stellen für die Infrastruktur ein Problem dar. Die Lösung liegt nicht in der Verbreiterung der Straße. An der Unterhaltung müssen auch die Verursacher*innen angemessen beteiligt werden.
WP-02-1194	Landesvorstand	<p>Füge ein nach Zeile 1194 (neuer Absatz)</p> <p>Landwirtschaft – das wollen wir GRÜNE</p> <p>Klasse statt Masse: die Nutztierhaltung an Tierschutz, Umwelt- und Gesundheitsschutz ausrichten</p> <p>die bäuerliche und die ökologische Landwirtschaft stärken</p> <p>die heimische Milchwirtschaft mit einem Weidemilchsiegel für NRW stärken</p> <p>mit einer Kauf- und Pachtpreisbremse Bäuer*innen den Zugriff auf Agrarflächen sichern</p>	Übernahme	
WP-02-1243	Katharina Dröge u.a.	<p>Ergänze ab Zeile 1243 nach „vertieften Europas...“:</p> <p>...und unentbehrlich für das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion. Zum Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte und Leistungsbilanzüberschüsse wie -defizite, müssen die EU-Mitgliedstaaten die länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission ernst nehmen. Deutschland sollte seinen jährlich steigenden Leistungsbilanzüberschuss, der seit Jahren deutlich über der Stabilitätsgrenze von 6% des BIP liegt, endlich reduzieren. Hierzu sind deutlich verstärkte Investitionen, z.B. beim Klimaschutz, in Schulen und</p>	Übernahme	

		Hochschulen, eine funktionierende Infrastruktur und schnelles Internet notwendig.“		
WP-02-1254	LAG Wirtschaft	Europa ist als Kontinent in einer globalisierten Welt ein deutlich ernster zu nehmender Partner als seine jeweiligen Nationalstaaten alleine. Das Nationalstaatenmodell hat zudem in seiner Geschichte gezeigt, dass es verheerende Kriege, gerade auch in Europa, entstehen ließ. Das gilt es nach einer über 70jährigen Friedensphase immer wieder in Erinnerung zu rufen.	nicht Übernahme	
WP-02-1290	Katharina Dröge u.a.	Ersetze die Zeilen 1290-1293 „CETA, das Handels- und Investitionsabkommen...[bis]... Daseinsvorsorge.“ durch: „CETA, das Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada, wurde am 28. Oktober im europäischen Rat und am 30. Oktober von Kanada unterzeichnet. Falls das europäische Parlament CETA zustimmt, treten weite Teile des Abkommens vorläufig in Kraft. Damit würde der Gestaltungsspielraum der Länder und Gemeinden erheblich eingeschränkt werden, unter anderem in Bezug auf die Erbringung der Daseinsvorsorge.“	Übernahme	
WP-02-1296	Katharina Dröge u.a.	Zeile 1296 nach dem Wort „ausgenommen“ ergänzen: „woran auch die nachträglich verhandelten Zusatzklärungen nichts ändern.“	Übernahme	
WP-02-1309	Katharina Dröge u.a.	In Zeile 1309 nach dem Begriff „bestehen.“ ergänzen: „Auch die nachträglich verhandelten Zusatzklärungen ändern nichts an der Tatsache, dass CETA mit diesen Bestimmungen Klageprivilegien für Investor*innen etabliert und massiv ausbaut.“	Übernahme	
WP-02-1377-2	Katharina Dröge u.a.	Die Zeilen 1377-1788 von „Klarstellung...[bis]...„heilen.“ ersetzen durch: „Keine der 38 Zusatzklärungen konnte unsere wesentlichen inhaltlichen Kritikpunkte an CETA ausräumen und die falschen Festlegungen im Vertragstext selbst heilen.“	Übernahme	